

Stadtverordneten-Sitzung

am 5. März 1894.

(Nachdruck verboten.)

Anwesend sind am Vorstandstische die Herren Geh. Reg.-Rath Gneist, Prof. Dr. Dittenberger, Baumeister Schulze; am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Staudt, Bürgermeister Dr. Schmidt, Stadtbaurath Genzmer, Stadtschulrath Dr. Krähe, Stadträte Arndt, Bonstedt, Colla, Dönitz, v. Holly, Jochmus, Kesterstein, und die Stadtverordneten: Apelt, Ahmann, Berghaus, Billing, Briantmann, Brümme, Brünede, Demuth, Dietlein, Elge, Frenberg, Friedrich, Dr. Förstsch, Haase, Hasse, Henze, Herr, Herz, Herzfeld, Hildebrandt, Hofmeister, Dr. Hüllmann, Jenschid, Dr. Keil, Klitzhardt, Kober, Koeniger, Dr. Kollschütter, Kesse, Otto, Paul, Panje, Raufsch, Roß, Roth, Schmidt, Schult, Schütte, Sommer, Steckner, Weise, Welsch, Werther.

Entschuldigt sind die Herren St.-B.: Bethke, Sachs, Steinhilf, Zander; zeitweise entschuldigt sind die Herren St.-B.: Henze, Dr. Baumert, Heiser.

Beginn der Sitzung 4 1/4 Uhr.

Vorsitzender: Es ist mir ein Schreiben zugegangen, in welchem die Halle'sche Zuerstigkeit die Stadtverordnetenversammlung zu einem Feste am 11. d. M. in dem großen Saale der Kaiseräle mit dem Bemerken einladet, daß die Mittelloge für die Herren Stadtverordneten reservirt ist. Es ist ferner eine Petition des Herrn Unbekannt eingegangen, worin er sagt, daß ihm angegeben worden sei, sein Grundstück in der Nikolaistraße binnen 8 Tagen zu räumen. In dieser Zeit könnte er unmöglich den Umzug bewirken. Er bittet daher um eine Fristverlängerung von 14 Tagen.

Ich kann nichts weiter thun, als die Petition der Petitionskommission mit der Bitte um sämmtliche Berathung überweisen.

Oberbürgermeister Staudt erklärt, daß sich die Petition erledigt habe, da sich der Premit mit dem Magistrat verständigt habe.

Ferner ist ein Schreiben von der Volksversammlung im Concertsaal eingelaufen, unterschrieben von den Mitgliedern des Bureau's Otto Wittig, August Noß, Julius Geising. Die Herren protestiren gegen den Beschluß der städtischen Behörden in Bezug auf die Beseitigung am Univeritäts-Jubiläum.

1. Vorschläge für den Hochbau-Etat für 1894/95. Der Magistrat legt 37 Kostenaufschläge, betreffend Neubauten und wesentliche Veränderungen auf dem Gebiete des Hochbauwesens und des Straßen- und Kanalwesens, zur Genehmigung vor, vorbehaltlich der einkünftigen Beschlußfassung bei Vorlage des Etats.

Der Magistrat bemerkt dazu, daß er in Anbetracht der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt nur die am dringendsten notwendigen Arbeiten in Vorschlag gebracht habe und daß demgemäß mancher sehr wünschenswerthe Verbesserungs-Vorschlag, besonders im Straßenbau, für das kommende Etatsjahr noch zurückgestellt werden müßte.

Berichterstatter Herr Heiser: Die Baukommission hat von den notwendigsten Arbeiten wieder die wichtigsten herausgeholt und empfiehlt Ihnen dieselben zur Annahme.

1. Für Unterhaltung sämmtlicher städtischer Gebäude sind 15 000 Mk. angenommen. Auf jedes Gebäude kommen 200 Mk.

2. Für Erneuerung der Anstriche der Wände zc. der Mädchenvolksschule in der Stebenauerstraße 1660 Mk.

stellen, ob es nicht möglich ist, den Behrerinnen eine kleine Prämie zur Lebensversicherung zu geben.

Dieser Antrag wird abgelehnt und der Antrag der Petitionskommission angenommen.

9. Petition, Beseitigung einer Bedürfnis-Anstalt betreffend.

Berichterstatter St.-B. Kesse: Von Anwohnern der Promenade und der Scharrenstraße ist eine Petition an die Versammlung gerichtet, wegen Neuaufrichtung einer Bedürfnis-Anstalt. Die jetzige ist aus sanitären und sittlichen Gründen zu beseitigen.

Der Magistrat hat durch das Stadtbauamt die Sache prüfen lassen. Das Gutachten erkennt die Beschwerde als gerechtfertigt an. Eine neue Anstalt, eine ähnliche wie am Leipziger Thurm, würde 9500 Mk. kosten. Die Verzinsung des Kapitals müßte dadurch herausgeschlagen werden, daß die Anstalt verpachtet würde.

Die Petitionskommission empfiehlt, die Petition dem Magistrat als Material bei Berathung des diesjährigen Hochbauetats zu überreichen.

Oberbürgermeister Staudt: Für den nächsten Etat wird das nicht mehr gehen. Ich muß anheim stellen, ob sie für 1895/96 zurückgestellt werden kann.

Vorsitzender: Wenn solche Lebensbedürfnisse vorhanden sind, dann muß Abhilfe geschaffen werden. Wenn das nicht durch den Etat geschehen kann, so müssen wir uns entschließen, eine Summe zur Disposition in den Etat zu stellen.

St.-B. Hüllmann: Ich möchte einen Beschluß von 1892 wieder aufnehmen, da dem Magistrat ersucht, die Frage der Erneuerung und zweckmäßiger Einrichtung der Bedürfnisanstalten zu ventiliren und dann eine Vorlage zu machen.

Stadtbaurath Genzmer: Das Stadtbauamt ist mit dieser Frage gegenwärtig beschäftigt.

Der Antrag der Petitionskommission wird angenommen.

Der Antrag des Herrn Hüllmann kann bei diesem Punkte nicht zur Abstimmung kommen, er wird deshalb zurückgezogen.

10. Petition, Aufhebung eines Miethevertrags betr.

Auf Antrag der Petitionskommission wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

11. Vermietung einer Wohnung im Rathskeller.

Berichterstatter St.-B. Apelt: Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die zur Zeit noch leer stehende Wohnung im Seitenflügel des Rathskellergebäudes an der Schneerstraße dem Uhrmacher Eugen Frisch hierorts vom 1. Juli d. Jz. ab unter den Miethebedingungen vom 29. December 1893 für den jährlichen Miethezzins von 750 Mark vermietet wird.

Der Antrag wird angenommen.

12. Anträge, die Schieferbrücke betreffend, fällt aus.

Außerhalb der Tagesordnung wird beschlossen, einen Laden im Markthause für 1400 Mark auf die Zeit vom 1. April 1894 bis 1. Oktober 1896 an Herrn G. F. Ritter, und eine Wohnung im Grundstücke Markthausgasse Nr. 16 an Frau Verbach für 175 Mark zu vermieten. (Berichterstatter St.-B. Apelt.)

Der Magistrat hat endlich der Versammlung einen Bericht über die Versammlung der Nummer am 15. Februar d. J. zugehen lassen, in welcher dieselbe wegen Vergabe städtischer Arbeiten nach außerhalb angegriffen worden ist.

Der Berichterstatter, St.-B. Herzfeld, empfiehlt der Versammlung, wegen der ausgeprochenen Beleidigungen keinen Strafantrag zu stellen, sondern Uebergang zur Tagesordnung zu beschließen.

Es geschieht dem Vorschlage gemäß. Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/4 Uhr.

Magistrat zu richten, ob in der beregten Angelegenheit bereits vorbereitende Schritte zur Anlegung eines solchen Pflanzen-Schulgartens, wie schon in Aussicht gestellt, auf dem diesigen Südfriedhofe gethan worden sind."

Ich habe nur einige Worte der Begründung zu sagen. Der Unterricht in der Naturgeschichte ist ein obligatorischer. Derselbe kann aber erst dann recht gelingen, wenn er auf der Anschauung beruht. Abbildungen, gepresste Pflanzen sind keine so guten Anschauungsobjekte wie blühende Pflanzen. Lehrer können von den Kindern aber häufig nicht beschafft werden, da sie nicht erreichbar sind, oder die Kinder die Felder nicht betreten dürfen. Daher sind in verschiedenen Städten Pflanzengärten eingerichtet worden. Auch hier bietet sich die günstige Gelegenheit zur Anlegung eines solchen Gartens auf dem Südfriedhofe. Ich erlaube mir nun, die Frage an den Magistrat zu richten, ob in dieser Hinsicht Schritte gethan sind?

Stadtschulrath Dr. Krähe: Der Magistrat hatte alles vorbereitet, da wurde der Wunsch nach einzelnen Schulgärten für jede Schule laut. Da das aber praktisch nicht durchführbar ist, wird ein Garten auf dem Südfriedhofe eingerichtet werden. In kürzester Zeit wird Ihnen eine bezügliche Vorlage zugehen.

Damit ist die Sache erledigt.

7. Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl zweier Stadtverordneten.

Berichterstatter Dr. Keil: Für zwei abgelehnte Mandate sind zwei Neuwahlen ausgesprochen. Am 12. Februar d. J. sind die Herren Ingenieur Fölsch und Kaufmann Kühne gewählt worden. Da ein Einspruch nicht erhoben ist, so empfehle ich Ihnen, die Wahlen für gültig zu erklären. Dies geschieht.

8. Petition von Lehrerinnen um Gehalts-Erhöhung.

Berichterstatter Herr Schmidt: Die städtischen Lehrerinnen haben sich an die städtischen Behörden um Gehaltserhöhung gewandt. In der Begründung sagen sie, daß in den letzten 20 Jahren die Preise außerordentlich gestiegen, die Gehälter aber dieselben geblieben seien, wogegen die städtischen Behörden ihnen soweit entgegenkommen seien, daß sie ihre Pflichtenbezüge von 26 auf 24 herabgesetzt haben. Sie müßten 24-30 Mk. monatlich für Miethe zahlen. Dann müßten sie die Pflicht, der allgemeinen Deutschen Krankenkasse beizutreten, für diese reiche aber ihr Gehalt nicht aus, da das Eintrittsgeld 51,60 Mk. betrage. Auch für das Alter müßten sie sorgen, da die Pension nicht ausreicht sei. Der Petition ist eine Aufstellung beigegeben, wonach die Bedürfnisse einer Lehrerin sich auf 1299,66 Mk. belaufen. Sie bitten nun bei definitiver Anstellung um 1200 Mk. Gehalt und Steigerung der Zulagen von 3 zu 3 Jahren.

Die Petitionskommission war der Ansicht, daß die Bitte um Gehaltserhöhung momentan unmöglich kommt. Die Lehrerinnen ständen im Verhältnis zu der Bevölkerung, die kein festes Einkommen besitzt, viel besser da. Sie müßten, was sie hätten, und müßten damit rechnen. Der Magistrat hat überhaupt Salen eingepfordert von anderen Städten. Danach stehen unsere Lehrerinnen nicht unglücklicher, als wie in anderen Städten. Nach der Berechnung des Magistrats würden bei Steigerung von 3 zu 3 Jahren bei dem jetzigen Gehalte 5550 Mk. nöthig sein, bei einem Anfangsgehalt von 1200 Mk. aber 11350 Mk.

Die Petitionskommission empfiehlt Ihnen den Uebergang zur Tagesordnung.

Stadtschulrath Dr. Krähe: Es ist dem Magistrat und der Schulkommission schwer geworden, der Bitte nicht entgegen zu können. Es ist jetzt aber nicht an der Zeit, die Lehrerinnen zu berücksichtigen.

St.-B. Dietlein: Ich erlaube mir den Antrag zu



Stadtschulrath Dr. Kräbe: Die Schulkommission hat beschlossen, die Rektorwohnung in der Lantenstraße als Klassenräume einzurichten, wenn die diesjährige Einschulung es notwendig machen wird.

St.-B. Dr. Dittenberger: Es spricht gegen die Einrichtung, daß nun Klassen wieder höher kommen, und der letzte Treppenaufgang auch bei Feuergefahr nicht besonders zweckmäßig sein soll.

Referent: Die Baukommission ist der Meinung, daß aus dem jetzigen Sitzungssaal Bureauräume nicht gemacht werden sollen, da es an einem kleinen Saal für mancherlei Besammlungen fehlt.

St.-B. Klinckhardt: Ich hätte gewünscht, daß uns bezüglich der Einrichtung der Rektorwohnung in Klassenräume eine besondere Vorlage gemacht worden wäre. Die Sache ist nach verschiedenen Richtungen hin zu beleuchten, was bei der Statberathung nicht gut möglich ist. Wenn wir notwendig neue Klassenräume haben müssen, dann möchte ich auf die alte Schule in der Poststraße aufmerksam machen. Für Anstaltszwecke steht die noch zur Verfügung.

Oberbürgermeister Staudé: Wenn die Frequenz in den Schulen so groß wird, daß die Räume der Rektorwohnung gebraucht werden, dann wird der Magistrat eine neue Vorlage machen.

Alle diese Forderungen sind als provisorische zu erachten. Erst beim Hauptetat ist eine definitive Beschlußfassung möglich.

67.000 Mk. werden nun bewilligt.

2. Haushaltsplan des Stadtgymnasiums für 1894/95.

Der Haushaltsplan des Stadtgymnasiums für 1894/95 liegt zur Feststellung vor. Derselbe schließt ab in Einnahme mit 76.794 Mk. in Ausgabe mit 136.594 Mk. und erfordert mithin an Zuschuß 59.800 Mk.

Referent Herr Herzfeld: Der Zuschuß übersteigt den im vorigen Jahre wesentlich, weil durch die Erhöhung des Schulgebüdes ein Rückgang in der Frequenz stattgefunden hat. Die Einnahmen betragen im Vorjahre 94.640 Mk., jetzt nur 76.794 Mk.

Die Finanzkommission hat bei einigen Posten Bedenken gehabt und empfiehlt einige Veränderungen. Zur Unterhaltung der Schulgebäude, einschließlich der Realschule sind 1100 Mark, gegen 800 Mk. im Vorjahre eingestellt. Die Kommission hat Bedenken gehabt, hier dem Magistrat zu folgen. 300 Mk. mehr sind mehr als 1/3 der Summe. Die Gebäude haben sich aber nicht um den dritten Theil vermehrt. Außerdem sind die hinzugekommenen lauter Neubauten, die doch eigentlich nicht mehr Kosten erfordern sollten, als die alten. Die Finanzkommission weist noch darauf hin, daß wir ja einen großen allgemeinen Posten von 15.000 Mk. im Etat haben, der zur Unterhaltung der Gebäude bestimmt ist. Trotzdem finden wir in den Spezialetat immer noch Spezialsummen. Das hat doch Bedenken erregt. Uns wird nun entgegengehalten werden, die 15.000 Mk. sind garnichts, das macht auf jedes Gebäude 200 Mark. Wenn wir die große Position haben, dann ist für Spezialausbesserungen nichts mehr nöthig. Die Finanzkommission empfiehlt daher, es doch bei diesen 800 Mk. bewenden zu lassen.

Für Beschaffung eines Desinfektionsmittels an den unteren Wandflächen der Klassen und dem Zeichenstabe in der Oberrealschule sind 140 Mk. eingestellt und zur Instandsetzung der Wohnung des Direktors des Gymnasiums und der Oberrealschule 120 Mk. und 450 Mk. Die Finanzkommission empfiehlt die 140 Mk. zu bewilligen, aber bei den 120 und 450 Mk. die Disposition vorzubehalten. Sie empfiehlt nicht die Streichung, weil sie meint, daß diese Punkte einer näheren Prüfung bedürfen.

Dadurch wird sich der Zuschuß um 300 Mk. ermäßigen. Das Resultat würde sein, daß die

Gesamtsumme 136.294 Mk., der Zuschuß 59.500 „ betrüge.

Namens der Finanzkommission empfehle ich die Genehmigung der Magistratsvorlage, abzüglich der 300 Mk. und Stellung der beiden Summen zur Disposition beider städtischen Behörden.

St.-B. Schmidt: Ich möchte mich gegen die Art und Weise erklären, wie der Magistrat die einzelnen Vorlagen an die Stadterordnetenversammlung gelangen läßt. Einmal bewilligen wir 15.000 für städtische Gebäude, dann kommt noch einmal eine Summe für bauliche Zwecke. Das scheint mir nicht gut zu sein.

Ich möchte den Antrag stellen, alle derartigen Vorlagen für Instandsetzung und Reparaturen an städtischen Gebäuden auf einmal und unter einem Titel zu bringen.

Bürgermeister Dr. Schmidt: Der Zustand, wie er jetzt im Etat ist, ist der althergebrachte. Er ist allerdings nicht wünschenswerth und korrekt. Es ist aber die Grenze nicht leicht zu finden. Wenn der Antrag angenommen wird, alle Reparaturen künftig auf einem Titel zu setzen, so habe ich nichts dagegen.

St.-B. Welsch: Der Referent hat das Gefühl des Unbehagens zum Ausdruck gebracht gegenüber der Instandsetzung der beiden Direktorenwohnungen. Ich suche unter denselben Eindrücke. Ich stelle den Antrag, diese beiden Summen abzusehen.

Oberbürgermeister Staudé: Ich bitte dem Herrn Vorredner nicht zu folgen, sondern die Summen zur Disposition zu stellen. Die Dienstwohnungen sind in sehr schlechtem Zustande übergeben worden. Wenn man es gethan hat, wie damals die Arbeiten ausgeführt worden sind, dann muß man sein Bedauern ausdrücken. Die Wohnung des Herrn Dr. Thaeer war kaum bewohnbar zu nennen.

Stadtschulrath Dr. Kräbe: Beide Direktoren haben den Antrag auf Reparaturen gestellt. Das Stadtausschuß hat die Sache geprüft und erklärt, daß die Reparaturen nöthig sind.

St.-B. Dr. Kohlschütter: Ich möchte einen Punkt zur Sprache bringen, der sich nicht auf das Gymnasium allein bezieht, die Reinigung der Schulräume. Die Reinigung aller Schulräume ist eine ungenügende. In geistvoller Beziehung ist das zu beklagen. Eine gute Meinung würde Geld kosten. Den Beamten können wir keinen Vorwurf machen. Ihre Kräfte sind nicht ausreichend. Ich möchte die Versammlung bitten, darauf ihr Augenmerk zu richten, daß eine ausreichende Reinigung, namentlich in den Elementarschulen vorgenommen wird. Tägliche Aufsichtungen wäre ein idealer Zustand.

Stadtschulrath Dr. Kräbe: Ich glaube, im Namen des Magistrats zu sprechen, wenn ich erkläre, daß derselbe dieser Frage sehr gera näher treten wird. Wenn ausgedehntere Reinigung stattfinden soll, so werden auch Mehrkosten verlangt werden.

St.-B. Klinckhardt: Ich möchte im Allgemeinen bemerken, daß der diesjährige Etat die Zusammenstellung der Summen nicht enthält. Es würde praktisch sein, wenn die Zusammenstellung der Einnahme und Ausgabe angegeben würde.

St.-B. Welsch: Ich siehe meinen Antrag zurück. Ich möchte aber bitten, das Bauamt anzuweisen, daß es mit größerer Akkuratez arbeitet.

Oberbürgermeister Staudé: Sie dürfen überzeugt sein, daß alle Arbeiten auf's Sorgfältigste kontrollirt werden.

Der Antrag der Finanzkommission und der Antrag Schmidt werden angenommen.

3. Antrag, den Sammel- und Reservefonds betr.

Unter näherer Darlegung über die Entstellung des vorhandenen Reservefonds und dessen Verwendungszwecke befragt der Magistrat, die Bereinigung der Sammel- und Reservefonds im Betrage von 213.542,59 Mk. zum städtischen Vermögen pro 1. April 1894 und die Einstellung der Verzinsung derselben sowie der Amortisation der im Haushaltsplan pro 1893/94 unter Kap. IV. Abth. C. II. 1-5

aufgeführten Schulposten vom gleichen Zeitpunkte an zu beschließen.

Berichterstatter St.-B. Steckner: Meine Herren! Im Februar v. J. wurde bei Gelegenheit eines Antrages, 3000 Mk. dem Reservefonds zu entnehmen, von der Versammlung der Beirath gefaßt, den Magistrat zu ersuchen, daß er über die Handhabung des Reservefonds genaue Auskunft gebe. Man war über die Handhabung nicht recht im Klaren. Der Magistrat hat sich heute des näheren über den allgemeinen Reservefonds ausgelassen, und ich halte es für meine Pflicht, Ihnen im allgemeinen dasselbe mitzutheilen. Die Gründung des Fonds ist im Jahre 1869 erfolgt. Es waren 5 Zwecke festgesetzt. Der Fonds sollte dienen 1. zu Neubauten, 2. zur Linderung von Nothständen, 3. zur Tilgung des Verlustes bei der Uebernahme von Aktien der Halle-Sorauer Eisenbahn, 4. zur Sammlung eines Betriebsfonds. Im Jahre 1876 wurde ein 6. Fonds zur Erschaffung eines Kanalprojektes gestiftet. Diesen Fonds sind die Zinsen mit 4 1/2% zugewiesen worden. Jetzt, nachdem die kleineren zu einem großen vereinigt sind, beantragt der Magistrat, sie zu dem allgemeinen Kämmererreservefonds zu vereinnahmen und sie aufzulösen. Die Fonds betragen 213.542 Mk. Die Verzinsung beträgt rund 9600 Mk. Die Verzinsung und Amortisation soll vom 1. 4. 94 ausföhren.

Die Finanzkommission hat die Sache ausführlich beraten. Die Vereinnahmung des Reservefonds hat einen zweifachen Zweck. Auf der einen Seite vereinnahmen wir unsere Rechnungsform, auf der andern entlasten wir unsern Etat um 10.000 Mk., dem Amortisation und Zinsen werden erspart werden. Man kann einen gewissen Kämmererreservefonds haben, das ist der Titel „Zugewinn“, welcher bei uns 110.000 Mk. beträgt. Das ist ein Reservefonds für unvorhergesehene Fälle.

Allerdings werden durch Beseitigung dieser Fonds noch nicht alle Fonds aufgehoben. Es bleiben noch einige kleinere bestehen, die aber auch noch nicht beseitigt werden können. Vorstehender: Ich wollte meine Ansicht dahin aussprechen, daß ich es für durchaus richtig halte, daß die jetzt angeführten Fonds beseitigt werden. Aber ich bin nicht dafür, daß wir heute schon darüber beschließen, sie zum Kapital zu schlagen. Es giebt Hindernisse, wenn man nachher über das Vermögen disponiren will. Diese Gelder stehen uns zur Verfügung, und ich möchte abwarten, wie sich der diesjährige Etat formuliren wird.

Ich möchte beantragen, zu beschließen, die Sache auf 6 Wochen zu verlagern.

St.-B. Dr. Dittenberger: Wenn wir die Verzinsung dieser Fonds einstellen, so nehmen wir das Geld dazu aus der Tasche der Steuerzahler und geben es in die Kämmererkasse. Sobald wir beschließen, daß diese Fonds zum Kämmererreservefonds geschlagen werden sollen, so verschwinden sie aus den Büchern und die Fonds sind nicht im geringsten berührt. Wenn wir sie zu irgend einem Zwecke nehmen wollen, so nehmen wir sie thatsächlich aus unserem Vermögen.

St.-B. Friedrich: Ich bin auf den Gedanken gekommen, daß es sich als unzulässig erweisen dürfte, wenn man diese kleinen Sparbüchlein jetzt, wo wir in einer thatsächlichen Nothlage sind, benutzt, um über die finanzielle Kamalität hinwegzukommen. In Kosten der Steuerzahler haben wir bisher diese Fonds verzinst. Diese kleinen Sparbüchlein können wir zur Disposition haben.

Mein Antrag deckt sich fast mit dem des Herrn Vorstehers, die Aufhebung zum 1. April 1894 zu beschließen, uns aber vorzuziehen, in welchem Umfange wir dies machen wollen.

Da Herr Steckner das Vermögen der Stadt gestreift hat, so will ich bemerken, daß die Liegenlichkeiten noch immer mit demselben Werthe zu Buch stehen, wie vor Jahren. Das ist nicht richtig. Da muß eine Revision eintreten, um den Kredit der Stadt zu heben.

Bürgermeister Dr. Schmidt: Ob die Verzinsung eingestellt werden soll, ist von großer Bedeutung für den Etat. Vorstehender: Ich möchte dringend bitten, nicht nach dem Antrage Friedrich zu beschließen. Wir müssen wissen, was mit dem Fonds werden soll.

Ich empfehle Ihnen noch einmal, die Verzinsung vom 1. April 1894 aufzuheben, im Uebrigen den Beschluß auf 6 Wochen aufzuschieben.

St.-B. Klinckhardt: Ich möchte bitten, daß der Herr Vorstehende seinen Antrag auch auf die Amortisation ausdehnt.

St.-B. Eize: Ich möchte bitten, vorläufig überhaupt nicht darüber zu verhandeln. Nach dem neuen Kommunalsteuergesetz müssen wir viel ändern.

Referent: Ich bin zufrieden, wenn die Verzinsung und die Amortisation aufhört. Nur das Eine möchte ich noch sagen, daß es unsympathisch sein würde, wenn wir in unserer jetzigen Lage auf solche Kapitalien zurückgreifen würden.

Der Antrag des Magistrats wird abgelehnt. Die Aufhebung der Verzinsung und der Amortisation, sowie die Neuverbindung nach 6 Wochen werden angenommen.

4. Annahme eines Legats gegen Uebernahme der Unterhaltung eines Erbegräbnisses.

Berichterstatter St.-B. Aplet: Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären:

a. daß das von der Erbin des verstorbenen Schuhmachermeisters Schäge, Frau Caroline Keimann geb. Tretrop hier, der Stadtgemeinde zu überweisende Kapital von 300 Mk. und zwar:

150 Mk. am 1. April 1895
150 „ „ 1. April 1896

der Gottesackerverwaltung übergeben wird,

b. daß letztere ermächtigt wird, das Erbegräbniß No. 310 des Nordfriedhofes vom Tage der Vollzahlung dieser 300 Mk. an auf die gleichmäßige Dauer in gutem Zustande zu erhalten,

c. so lange die Erbin den Begräbnißplatz in Ordnung hält, soll sie auf die Zinsen des Kapitals Anspruch haben.

Der Antrag wird angenommen.

5. Entschädigung der Miether von Kachelhäusern.

Berichterstatter St.-B. Schmidt: Unter Befügung der Vorgänge ersucht der Magistrat die Versammlung, gutheißen zu wollen, daß den früheren Miethern der 8 Kachelhäuser zu Freimische für das von ihnen vor Ablauf der vertragsmäßig bis Ende September 1895 reichenden Miethszeit am 1. Juli v. J. infolge Abbruchs der Häuser geforderte Verlassen derselben eine Entschädigung von je 75 Mk. gewährt werde.

Der Magistrat hatte anerkannt, daß den Miethern eine Entschädigung gezahlt würde. Die eingereichten Rechnungen waren aber sehr hoch. Der Magistrat hat aus Billigkeitsrücksichten beschlossen, jedem die genannte Summe zu bewilligen.

Die Baukommission empfiehlt den Antrag mit der Maßgabe, daß die Betroffenen sich für abgefunden erklären und keine weiteren Ansprüche stellen.

Der Antrag wird angenommen.

6. Anfrage in Betreff der Errichtung von Pflanzen-Schulgärten.

Berichterstatter Herr Dietlein.

In der Sitzung der Stadterordnetenversammlung vom 19. Februar 1894 ist folgende Interpellation eingebracht worden:

„Da bei dem herannahenden Frühjahr sich für die hiesigen städtischen Schulen in Betreff des botanischen Unterrichts als Nothwendigkeit eines Pflanzen-Schulgartens dringend geltend macht, so erlaube ich die Unterfertigten die ergebene Anfrage an den Wohlblöblichen Ma-

